

GERO ZOBEL

Zum Begriff der Demokratie bei Rosa Luxemburg¹

In der Einleitung zu seiner Arbeit »Strukturwandel der Demokratietheorien« weist Saage auf die Komplexität des Begriffs »Demokratie« hin.² Unstrittig sei allein sein semantischer Gehalt: »Herrschaft des Volkes«. »Gestritten werden kann lediglich darüber, wie sich diese Form der Herrschaft institutionell in der historisch-politischen Wirklichkeit umsetzen soll.«³ Saage zeigt am Beispiel Perikles', der 500-429 vor unserer Zeitrechnung lebte, einerseits und Platon/Aristoteles andererseits die ganze Bandbreite des Begriffs in der Antike auf. Der Kern des klassischen Demokratiebegriffs bestehe in der Partizipation aller Vollbürger am diskutant aufzuhellenden politischen Entscheidungsprozeß mit liberalen Freiheitsrechten und Chancengleichheit – nicht jedoch sozialer Gleichheit – für den gesellschaftlichen Aufstieg unabhängig von Stand oder Besitz.⁴ Für die konservative Historiographie konzipiert er eine »pejorative Voreingenommenheit gegen die attische Demokratie, (die) im Grunde genommen ein Kritikparadigma fortschreibt, das ebenso alt ist wie der kritisierte Gegenstand selbst. Es geht auf Platon und Aristoteles zurück, die in antidemokratischer Absicht die antike Demokratietheorie formulierten. Sie hat das Demokratieverständnis Europas bis zur französischen Revolution nachhaltig geprägt.«⁵ Platons Sorge jedoch galt, so läßt sich in größter Knappheit zusammenfassen, einer Herrschaft der Armen. Gleichermaßen verwarf Aristoteles die Demokratie als Herrschaftsform der armen Leute.

Rosa Luxemburgs Argumentation im Hinblick auf die nun bürgerlich-parlamentarische Demokratie läßt sich in drei Facetten aufgliedern: Zunächst ihre Feststellung, was bürgerliche Demokratie überhaupt sei und in welchem Verhältnis diese zum kapitalistischen Wirtschaftssystem stehe; sodann das defensive Moment, die bürgerliche Demokratie sei eine Errungenschaft, die es nun gegen das Besitzbürgertum zu verteidigen gelte; schließlich das offensive Argument (die Negation der bürgerlichen Negation), das Parlament ist für die Partei der Arbeiterklasse zu einem Ort des Klassenkampfes geworden, an dem die öffentliche Entlarvung des bestehenden Systems ökonomischer Mechanismen kapitalistischer Herrschaft zu vollziehen ist. Die demokratischen Entwicklungsmöglichkeiten werden aber durch eben diese Mechanismen wie Kapitalakkumulation, Lohnarbeit, Konkurrenzprinzip und das private Eigentum an den Produktionsmitteln begrenzt.

Von sich selbst sagte sie, »keine Götzendiener(in) der formalen Demokratie« zu sein. Der herbe soziale Kern der Ungleichheit und

Gero Zobel – Jg. 1959, Altenpfleger, Student der Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft im Magisterstudiengang, lebt in Köln.

1 Dieser überarbeitete Beitrag geht zurück auf eine umfanglichere Arbeit zum Thema, die 2005 im Teilgebiet »Politische Theorie und Ideengeschichte« an der FernUniversität Hagen eingereicht worden ist.

2 Richard Saage: Strukturwandel der Demokratietheorien – Versuch einer ideengeschichtlichen Ortsbestimmung, Hagen 2005, S. 11 f.

3 Ebenda, S. 13.

4 Vgl. ebenda, S. 19.

5 Ebenda, S. 20.

6 Vgl. Rosa Luxemburg: *Zur russischen Revolution* (1918), in: dies.: *Gesammelte Werke* (GW), Bd. 4, Berlin 1983, S. 363.

7 In diesem Disput, in dem es insbesondere um die konkurrierenden Strukturprinzipien »Disziplin« (Lenin) und »Emanzipation« (Luxemburg) ging, hatte Luxemburg ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben, »daß das einzige Subjekt, dem jetzt diese Rolle des Lenkers zugefallen, das Massen-Ich der Arbeiterklasse ist, das sich partout darauf versteift, eigene Fehler machen und selbst historische Dialektik lernen zu dürfen. Und schließlich sagen wir doch unter uns offen heraus: Fehlritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermeßlich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten »Zentralkomitees«.« Dies.: *Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie* (1903/04), in: GW, 1/2, Berlin 1983, S. 444.

8 Vgl. auch Reiner Wimmer: *Vier jüdische Philosophinnen – Rosa Luxemburg, Simone Weil, Edith Stein, Hannah Arendt*, Leipzig 1996, S. 75.

9 Vgl. Luxemburg: *Der Anfang* (1918), in: GW, Bd. 4, S. 397 f.

10 Vgl. ebenda, S. 398 f.

Unfreiheit sei von der süßen Schale der Gleichheit und Freiheit zu unterscheiden. Es komme aber darauf an, sich nicht mit der Schale zufriedenzugeben.⁶

Bereits in den russischen Revolutionen von 1905 und 1917 hatten sich spontan Räte gebildet, und wieder sollte dies im November 1918, diesmal in Deutschland, der Fall sein. Und jedesmal – wie zur Untermauerung von Luxemburgs Kritik an Lenins »Ultrazentralismus«⁷ – hatten sich die Räte auf eigene Initiative gebildet, waren die Arbeiterinnen und Arbeiter den Parteiführungen vorausgeeilt.⁸

Der Rätegedanke spielte aber vor dem November 1918, also bis etwa neun Wochen vor ihrer Ermordung, keine explizite Rolle in Luxemburgs Konzeptionen, allerdings ist er im Begriff der sozialistischen Demokratie, wie sie ihn verstand, ersichtlich antizipiert. Soeben, am 9. November 1918 aus zweieinhalbjähriger Haft entlassen, forderte sie nun – die Monarchie ist bereits hinweggefegt –, daß die Verantwortlichen für den Völkermord des Weltkrieges, imperialistische Bourgeoisie und Klassenherrschaft, zur Verantwortung gezogen werden, die Kapitalherrschaft abgeschafft und die ganze Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte zu legen sei.⁹ Als erste notwendigen Schritte forderte sie u. a. die ordentliche (Wieder-) Wahl der in chaotischer und impulsiver Geste gebildeten Räte, die Einberufung des Reichsparlaments der Arbeiter und Soldaten sowie die Einbeziehung des ländlichen Proletariats und der Kleinbauern, die Bildung einer Roten Garde und Heranbildung einer Volksmiliz zum Schutz der Revolution, die Verdrängung der übernommenen Organe des absolutistischen militärischen Polizeistaats von der Verwaltung, Justiz und Armee sowie die Konfiskation der dynastischen Vermögen und Grundbesitzungen zur Sicherung der Verpflegung des Volkes und Bekämpfung des Hungers als gefährlichsten Bundesgenossen der Konterrevolution. Stattdessen bedeute die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung durch die Ebert-Scheidemann-Regierung ein bürgerliches Gegengewicht zu den Räten und verschiebe damit die Revolution unter Eskamotage der sozialistischen Ziele der Revolution auf die Gleise einer bürgerlichen Revolution.¹⁰

Luxemburg zufolge sollte die Besetzung des jeweils übergeordneten Rates, von den lokalen Räten ausgehend, dem Delegiertenprinzip folgen bis hin zum nationalen Zentralrat, der das legislative und executive Organ, den Vollzugsrat, wählt. Letzterer erhielt zudem das Recht zur Ernennung und Abberufung der zentralen Reichsbeamten. Alle Delegierten sollten mit einem imperativen Mandat ausgestattet sein und somit an die Beschlüsse der sie entsendenden Basis gebunden und jederzeit abberufbar sein. Die Stände und Geschlechter sollten gleichgestellt werden. Der Arbeitstag sollte auf höchstens sechs Stunden zur Steuerung der Arbeitslosigkeit und als Berücksichtigung der Entkräftung der Arbeiterschaft durch den Weltkrieg verkürzt werden. Das Ernährungs-, Wohnungs-, Gesundheits- und Erziehungswesen sollte im Sinne und Geiste der proletarischen Revolution umgestaltet werden. Banken und Großbetriebe seien zu enteignen und genossenschaftlich zu organisieren, Betriebsräte zu wählen.¹¹

Durch die praktische Unmöglichkeit, die Basis mit jeder Einzelfrage zu befassen und über diese abstimmen zu lassen, sowie durch

die Etablierung von Räteausschüssen treten repräsentative Elemente hinzu. Die Basis kann also prinzipiell jede Frage entscheiden, aber sie muß es nicht, und sie wird es nicht, und zwar aus Gründen der mangelnden Praktikabilität.

»Die Arbeiterräte sollen alle Macht im Staate haben.«¹² Es sei nicht damit getan, wie in den bürgerlichen Revolutionen, das offizielle Zentrum der Macht zu stürzen und ein paar Dutzend Männer auszutauschen.¹³ Damit wies Luxemburg auch realistisch auf die Langwierigkeit der bevorstehenden Aufgaben hin. Von irgendwelcher Straßengewalt, so wie sie Berlin gut eine Woche darauf erleben sollte, war keine Rede. Im Gegenteil mahnte sie zur Überlegtheit, zur Nachdenklichkeit, zu Ernst und warnte vor rascher, bequemer Radikalität und revolutionärer Ungeduld.¹⁴ Als Beispiel für den benötigten langen revolutionären Atem führte sie die russische Oktoberrevolution an: Diese habe nicht etwa im März 1917, sondern bereits im Jahre 1905 begonnen. Hierzulande könne man gerade einmal auf die elende halbe Revolution vom 9. November zurückblicken.¹⁵ Die Masse müsse, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben.¹⁶ Sie übernehme es nicht zu prophezeien, wieviel Zeit dieser Prozeß braucht.¹⁷ Diese Sätze hören sich wahrlich nicht nach Aufstachelung zur physischen Gewalt an. Hingegen kommt in ihnen die Erwartung eines emanzipatorischen (Lern-) Prozesses zum Ausdruck. Der bürgerliche Parlamentarismus habe sein Daseinsrecht verwirkt; denn er brächte es nur bis zur politischen Gleichberechtigung, was auch seine Geschichte in England und Frankreich aufzeige.¹⁸ Luxemburg war der Ansicht, daß ohne die Aufhebung des ökonomischen Antagonismus zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital sich eine politische Gleichberechtigung nur formal einstellt. Wirklich kann sie erst werden, wenn der Ausbeutung an der ökonomischen Basis, der kapitalseitigen Aneignung der erarbeiteten Mehrwerte als Gratisarbeit vermittelt durch das Lohnsystem, ein Ende gemacht sei. Zwar wußte Luxemburg sehr genau, daß es unmöglich und nichts als Phantasterei ist, die künftige Gesellschaft in ihren Einzelheiten vorzustellen. Ihre Grundzüge ließen sich jedoch erkennen.¹⁹ So wie sie in Kenntnis des Wesens der Dinge, hier der kapitalistischen Verwertungslogik, frühzeitig vor dem Ersten Weltkrieg warnen konnte und dies auch im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg wiederum getan hat.

Doch zurück zum engeren Demokratiebegriff. Mitte Dezember 1918 führte Luxemburg in der von ihr und Liebknecht im November d. J. gegründeten und redigierten Tageszeitung »Die Rote Fahne« aus, daß der Spartakusbund nicht über oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. Er sei nur der zielbewußteste Teil des Proletariats. Spartakus lehne es ab, mit Handlangern der Bourgeoisie, den Scheidemann-Ebert, die Regierungsgewalt zu teilen, weil er in solchem Zusammenwirken einen Verrat an den Grundsätzen des Sozialismus, die Stärkung der Gegenrevolution und die Lähmung der Revolution erblicke.

Auch wird der Spartakusbund es ablehnen, zur Macht zu gelangen, nur weil sich die Scheidemann-Ebert abgewirtschaftet haben und die Unabhängigen durch die Zusammenarbeit mit ihnen in eine Sackgasse geraten seien.²⁰ »Der Spartakusbund wird nie anders die

11 Vgl. dies.: Was will der Spartakusbund? (1918), in: GW, Bd. 4, S. 446 f.

12 Dies.: Gründungsparteitag der KPD (1918/19), in: GW., Bd. 4, S. 509.

13 Vgl. ebenda, S. 510.

14 Darauf weist ausführlich in seiner monumentalen Luxemburg-Biographie Peter Netti hin: Rosa Luxemburg, Köln/Berlin 1967 (zitiert nach der Lizenzausgabe der Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/M. 1968, S.726 ff.).

15 Vgl. Rosa Luxemburg: Gründungsparteitag der KPD (1918/19), in: op. cit., S. 479 f.

16 Vgl. ebenda, S. 509 f.

17 Vgl. ebenda, S. 511.

18 Vgl. dies.: Nationalversammlung oder Räteregierung? (1918), in: GW, Bd. 4, S. 460 ff.

19 Vgl. dies.: Was wollen wir? (1906), in: GW, Bd. 2, Berlin 1981, S. 43.

20 Vgl. dies.: Was will der Spartakusbund? (1918), in: op. cit., S. 448.

21 Ebenda.

22 Vgl. ebenda, S. 449.

Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Aussichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.«²¹ Die proletarische Revolution könne sich nur stufenweise, Schritt für Schritt, durch Niederlagen und Siege zur vollen Klarheit und Reife durchringen. Nicht an deren Anfang stehe der Sieg, sondern an deren Ende: »Er ist identisch mit dem Siege der großen Millionenmassen des sozialistischen Proletariats.«²²

Sie sei – so Sebastian Haffner – weder ein deutscher Lenin oder Trotzki gewesen, noch habe sie es sein wollen, »weil sie das Gewaltsame der Leninschen und Trotzki'schen revolutionären Zangen- geburt aus prinzipiellen Gründen verwarf und immer wieder fast feierlich erklärte, daß die Revolution natürlich und demokratisch aus dem Bewußtsein der proletarischen Massen herauswachsen müsse und in Deutschland noch ganz am Anfang stehe.« Ihre Parole dabei war »Aufklärung«. »Die allerdings hat sie geleistet. Niemand hat die Wirklichkeit der deutschen Revolution und die Gründe ihres Scheiterns – die Unaufrichtigkeit der SPD, die Zerfahrenheit der USPD, die Konzeptionslosigkeit der revolutionären Obleute – vom ersten Augenblick so hell-sichtig und so rückhaltlos öffentlich analysiert wie Rosa Luxemburg Tag für Tag in der *Roten Fahne*.« Damit habe sie den tödlichen Haß der Durchschauten und Bloßgestellten auf sich gezogen, deren Hatz auf sie »aufs unheimlichste das Schicksal zu Tode gehetzter Juden im Dritten Reich vorwegnimmt.«²³

Luxemburg war in die revolutionären Kampfhandlungen dieser Tage, soweit sie physischer Natur waren, nicht involviert. Der Grund für den Mord war ein anderer: Sie war für Freund und Feind die Verkörperung der Revolution, ihr Symbol und zudem die sachverständige Zeugin des Falsch-Spiels, das von Beginn an mit der Revolution von ihren angeblichen Führern getrieben worden ist und worüber sie in der *Roten Fahne* täglich informierte. Diesem Zeugnis hatten die entlarvten Regierungs-, Militär- und Polizeiführer und die schäumende übrige Reaktion nichts entgegenzusetzen als Heimtücke. Mit dem Verbrechen sollte die Revolution erschlagen werden. »Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg war der Mord an überlegenem Mut, und an überlegenem Geist, und er war der Mord an der unwiderlegbaren Wahrheit.«²⁴ Soviel nur zur Gewalt gegen Luxemburg.

Welche Stellung sie selbst zur Gewaltfrage, einer ja belangreichen Frage hinsichtlich der Einordnung eines jeweiligen Demokratieverständnisses, eingenommen hat, ist Gegenstand der weiteren Untersuchung.

24 Vgl. ebenda, S. 149.

Einen gewissen Aufschluß vermag bereits die – einem breiteren Publikum wohlbekannte – Aussage zu geben: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.«²⁵ Und doch ist sie ohne ihren Kontext nicht seriös einzuordnen. Luxemburg hatte diese Bemerkung 1918 anlässlich der Analyse des russischen Oktoberumsturzes notiert. Die Revolution dort habe gezeigt, was sie im Rahmen der historischen Möglichkeiten zu leisten imstande sei. Aber dieser Rahmen sei be-

23 Sebastian Haffner: Der Verrat – 1918/19 – als Deutschland wurde, wie es ist, Berlin 1994, S. 143-146.

grenzt gewesen. »Denn eine mustergültige und fehlerfreie proletarische Revolution in einem isolierten, vom Weltkrieg erschöpften, vom Imperialismus erdrosselten, vom internationalen Proletariat verratenen Lande wäre ein Wunder.«²⁶

Gemeint ist hier sicher besonders die SPD, genauer deren Reichstagsfraktion, die mit Ausnahme Liebknechts allen Anträgen der Regierung zur Bewilligung immer weiterer Kriegskredite zugestimmt hatte, aus Sorge, andernfalls als »Vaterlandslose Gesellen« ins Abseits zu geraten.

Es hieße von Lenin und Genossen Übermenschliches verlangen, wollte man ihnen auch noch zumuten, unter solchen Umständen die schönste Demokratie, die vorbildlichste Diktatur des Proletariats und eine blühende sozialistische Wirtschaft hervorzuzaubern.²⁷ Die Praxis erfordere eine ganze geistige Umwälzung in den durch die Jahrhunderte degradierten Massen. Niemand wisse dies besser, schildere dies eindringlicher, wiederhole dies hartnäckiger als Lenin. »Nur vergreift er sich völlig im Mittel.«²⁸ Das Gefährliche beginne dort, wo Lenin und Genossen aus der Not die Tugend machten, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixierten und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollten.²⁹ Eine sozialistische Demokratie dagegen jedoch »muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen ...«³⁰ »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.«³¹ Daraus folgten Cliquenwirtschaft – Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft.³²

Schließlich führte Luxemburg in der Debatte um die Nationalversammlung aus, daß der Kampf begänne, wenn daran gegangen würde, die Kapitalherrschaft mit Stumpf und Stiel auszurotten. Wenn die Bourgeoisie ins Herz getroffen würde – und ihr Herz schlage im Kassenschrank –, werde sie auf Tod und Leben um ihre Herrschaft ringen, tausend offene und versteckte Widerstände gegen die sozialistischen Maßnahmen auftürmen. »All das ist unvermeidlich. All das muß durchgefochten, abgewehrt, niederkämpft werden – ob mit oder ohne Nationalversammlung. Der ›Bürgerkrieg‹, den man aus der Revolution mit ängstlicher Sorge zu verbannen sucht, läßt sich nicht verbannen. Denn Bürgerkrieg ist nur ein anderer Name für Klassenkampf, und der Gedanke, den Sozialismus ohne Klassenkampf durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß einführen zu können, ist eine lächerliche kleinbürgerliche Illusion.«³³

Obwohl Luxemburg sowohl aus prinzipieller Überzeugung als auch aus praktischem Grund es ablehnte, den Kampf im Januar 1919 auf das Terrain der Straßengewalt auszuweiten, kommt es zu Straßenkämpfen, von denen sie sich nicht distanzierte. Zur Beurteilung dieses Zusammenhangs ist es vielleicht hilfreich, in Erinnerung zu rufen, daß das Proletariat über Jahrzehnte von seiner Partei mit revo-

25 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution (1918), in: op. cit., S. 359, Fußnote 3.

26 Vgl. ebenda, S. 365.

27 Vgl. ebenda, S. 364.

28 Vgl. ebenda, S. 360 f.

29 Vgl. ebenda, S. 364.

30 Vgl. ebenda., S. 363 f.

31 Ebenda, S. 362.

32 Vgl. ebenda.

33 Vgl. dies.: Die Nationalversammlung (1918), in:

GW, Bd. 4, S. 408.

lutionärer Rhetorik bei der Stange gehalten worden war. Daß dies tatsächlich nur Phraseologie gewesen war, zeigt eine Episode aus der Zeit nach dem Dresdner Parteitag (1903), auf dem die Funktionäre und die Parteiführer, darunter Ignaz Auer, den antirevolutionären revisionistischen Kurs Eduard Bernsteins klar mit 288 zu 11 Stimmen verdammt hatten, aber wohl nur dem Rat Auers gefolgt waren, der Bernstein geschrieben hatte: »Mein lieber Ede, so was sagt man nicht, so etwas tut man!« Eine Aussage, deren Inhalt allerdings von der Alltagspolitik der Partei lange schon bestätigt worden war³⁴ und die am 4. August 1914 in einer Entscheidung gipfelte, die »zu den verhängnisvollsten weltgeschichtlichen Wendepunkten der Neuzeit gehört.«³⁵ Mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten kam es zur »Identifizierung der SPD mit der Politik der reaktionären herrschenden Kreise und Klassen, der Illusion eines Sieges der Wilhelm und Bethmann, der Hindenburg und Ludendorf.«³⁶

34 Vgl. Ossip K. Flechtheim: Rosa Luxemburg zur Einführung, Hamburg 1985, S. 21.

35 Ebenda, S.26.

36 Vgl. ebenda, S. 27.

Die Zeche für diesen Verrat an der Revolution aber sollte das zum Waffendienst gezwungene, verratene Proletariat zahlen, und es zahlte ihn in den Schützengräben Europas (und darüber hinaus) millionenfach. Die Übriggebliebenen hätte Luxemburg nun ideell (an den Straßenkämpfen selbst war sie sowieso nicht beteiligt, sondern war damit beschäftigt, auf der Flucht vor ihren Mördern laufend die Aufenthaltsorte innerhalb Berlins zu wechseln) allein lassen müssen. An eine solche Trennung vom Subjekt ihres Bemühens aber, ein für sie wohl undenkbares Verhalten, hat sie wohl keinen Gedanken verschwendet.

Es ist nun vielleicht ein wenig klarer geworden, wie Luxemburg zur Frage der Gewalt in den Zeiten der Revolution stand. Insofern war ihr Ansatz dem Diktum von der »wehrhaften Demokratie«, wie es von den bürgerlichen Demokratien verwandt wird, nicht unähnlich, jedoch mit sozialistischen Vorzeichen versehen. Ganz sicher meinte sie nicht die »Freiheit« des Marktes und die »Freiheit« für die Anhänger und Profiteure des Kapitalismus, vulgo: das sozialdarwinistische Recht des Stärkeren, sowie gewaltsamer Gegenrevolution der Antidemokraten wie jener Offiziers-Kamarilla samt beflissenen Anhang, die einen Ethos ausgebildet hatte, der es ihnen erlauben sollte, Menschen zu erschlagen (was im Falle Luxemburgs mißlang), planvoll zu erschießen (der Schuß war im Falle Luxemburgs gleichfalls noch nicht tödlich), um sie dann schwer verletzt, gleichwohl noch lebend, in einem Gewässer zu ertränken. Damit wäre der Welt in den folgenden Jahrzehnten wohl einiges an Barbarei erspart geblieben.

Nachdem bei Luxemburg der Begriff der »Masse(n)«, der »Arbeitermassen«, des »Proletariat(s)«, der »Arbeiter« etc. vielfach Verwendung findet – was bis hierhin adäquat ist bei einer Thematik, in der es mithin um Majoritätsentscheidungen einer vielköpfigen Anzahl von Menschen in einem Gemeinwesen geht –, diese Begriffe aber scheinbar vorbehaltlos verwandt werden, könnte daher leicht der (falsche) Eindruck entstanden sein, Luxemburg habe einem naiven Glauben an das Gutmenschentum angehangen. Wir finden aber Belege dafür, daß dies nicht der Fall war, sie einem solchen Menschenbild keinesfalls erlegen ist. Weil sie eine selbstverständliche Revolutionsneigung der Massen eben gerade nicht voraussetzte,

kreisten ihre Gedanken um die Frage der Herstellung des Bewußtseins der Lohnabhängigen, das sich nicht abfinden soll mit seinem – von wem auch immer vorbestimmten – »Schicksal«. Der Klassenkampf, verbunden mit theoretischer Reflexion, biete, so ihre vielfach geäußerte These, die Möglichkeit der Entwicklung eines solch revolutionären Bewußtseins. Nicht nur die materielle Korruptierbarkeit, sondern auch die geistige Lethargie mancher ihrer Zeitgenossen war ihr bewußt. Offenbar befürchtete sie, daß die systembedingte Degradation mit der Folge der Entmündigung der arbeitenden Menschen³⁷ schon so weit fortgeschritten sei, daß es einer ganzen inneren Wiedergeburt des Proletariats bedürfe zur Wiedererlangung der geistigen Reife, des sittlichen Ernstes, des Gefühls der Würde und der Verantwortlichkeit. »Mit faulen, leichtsinnigen, egoistischen, gedankenlosen und gleichgültigen Menschen kann man keinen Sozialismus verwirklichen.« Sich an das Schwerste zu wagen bedürfe der Begeisterung für das allgemeine Wohl, des Mitgefühls für seine Mitmenschen, des Mutes und der Zähigkeit.³⁸

Die hier aufgeführten Einlassungen über den subjektiven Faktor sind zugleich geeignet, den Verdacht eines deterministischen Ökonomismus, wie er in der II. Internationale durchaus vorherrschend war, für das Denken Luxemburgs zu zerstreuen. Anthropologische Blauäugigkeit, übertriebener Optimismus im Hinblick auf das Wesen der konkret vorfindlichen Menschen ihrer Zeit können Luxemburg also nicht vorgeworfen werden. Worauf ihr Optimismus und ihre Hoffnung sich recht eigentlich bezogen, ist vielmehr das zu entwickelnde menschliche Potential in einer nicht formal, sondern tatsächlich freien und solidarischen Gesellschaft der Arbeit. Diesem Potential allerdings legte sie Attribute bei, die gewöhnlich im außerhalb der seienden Menschen, im Sollenden angesiedelt werden. Von der Freilegung dieser Attribute erhoffte sie sich eine dauerhafte Abkehr der Menschheit von der Barbarei, die zugleich auch als Beendigung der Vorgeschichte der Menschheit verstanden werden kann.

37 Vgl. Luxemburg: Die Sozialisierung der Gesellschaft (1918), in: GW, Bd. 4, S. 432 f.

38 Vgl. ebenda, S. 434.